



3. Schüler:innenparlament Antragsmappe

(Stand: 28. Februar 2025)



1. Gesundheits- und Ernährungslehre

Antrag von: Marko Avramović-Filca, VBS Schönborngasse

Warum sollten Schulen sich überhaupt in unsere Ess- und Lebensgewohnheiten einmischen? Ist es wirklich Aufgabe des Bildungssystems, uns Schüler:innen vorzuschreiben, was „gesund“ ist und was wir essen sollen?

Die Antwort: JA, denn die Realität zeigt, dass immer mehr Jugendliche unter den Folgen falscher Ernährung und Bewegungsmangel leiden. Von Übergewicht bis hin zu ernährungsbedingten Erkrankungen. Ein fundiertes Wissen über gesunde Lebensführung kann präventiv wirken und gibt Schüler:innen die Werkzeuge, um selbstbestimmt und gesundheitsbewusst zu leben. Durch Implementierung von Gesundheits- und Ernährungslehre im Unterricht lernen wir, verlässliche Informationen von Marketingtricks zu unterscheiden und langfristig selbst Verantwortung für unsere Gesundheit zu übernehmen. Gesundheits- und Ernährungslehre ist kein „Luxus“, sondern eine Notwendigkeit für unsere gesunde Zukunft.

Forderungen:

- „Ernährung“ als Fach in allen Schultypen der Sekundarstufe II auf Basis des Ernährungsunterrichts der Tourismus- und Wirtschaftsschulen.
- Erhöhung der Stunden des Sportunterrichts.
- Aktive Förderung der Schule für Vereinssport und Gym-Memberships
 - Finanzielle Unterstützung für Schüler:innen die sich eine Vereinsmitgliedschaft oder Gym-Membership nicht leisten können
- Die Leistungsbeurteilung im Sportunterricht auf die sportliche Entwicklung und Leistungskurve beziehen, nicht auf die punktuelle Leistungen des/der Schüler:in
- Bei Übergewicht oder chronischer Unsportlichkeit des/der Schüler:in ein verpflichtendes Lehrer-Eltern-Gespräch, gekoppelt mit einem Ernährungsberater.
- Gesundes, nachhaltiges und regional/saisonales Angebot in Schulkantinen.
 - Schulen bekommen Prämien, bei Bevorzugung von Angeboten dieser Art.
- Nur mehr Wasser-Schulen in Wien, keine Softdrinks mehr in Automaten.
- Nach jeweils 2 Unterrichtseinheiten müssen 5 Minuten des Unterrichts der darauffolgenden Stunde mit einer körperlichen Aktivität der/des Schüler:in gemeinsam mit der Lehrkraft ausgeführt werden.
- Über gesundes/ungesundes Essverhalten und mögliche Esssucht mit Hilfe eines Workshops in der ersten Stufe der Sekundarstufe II aufklären.
- Kampagne der BD zur Aufklärung über Body Shaming und die Auswirkungen von Social-Media in Bezug auf diese Problematik.
- „Gesunde Jause“ als Klassen Stärkung Projekt im Zuge des Ernährungsunterricht als Abschlussarbeit
- Kooperationen mit in der Nähe der Schule gelegenen Einkaufsmöglichkeiten nach dem Konzept Flo Riedl mit dem Zusatz
 - Ein Schüler:innenangebot soll erstellt werden das sowohl kostengünstig als auch gesund ist.

2. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt

Antrag von: *Lea Hemedinger, ORG1*

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lorenz Unger, GRG 19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lukas Keglovics, pG Theresianum

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler:innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert.

In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler:innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler:innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundenplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert.

Desweiteren soll langfristig das System der Modularen Oberstufe, welches es bereits an Schulversuch in einigen Wiener AHSen gibt, als eine Möglichkeit für mehr Selbstbestimmung für Schüler:innen gelten.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundenplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

Forderungen:

- Schüler:innen sollen zu einem gewissen Grad selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler:innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater:innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden
- Die LSV und die BSV sollen sich für eine Ausweitung des Schulversuches Modulare Oberstufe (MOST) einsetzen.



3. Weg von eurozentrischen Perspektiven!

Antrag von: Jacob Guberner, AHS Geblergasse

Mika Moser, AHS Maculangasse

Julia Kowatschew, AHS Stubenbastei

Die Förderung interkultureller Bildung und Diversität im Lehrplan ist entscheidend für das Vertiefen des Verständnisses und die Wertschätzung unterschiedlicher kultureller Hintergründe. Durch die Erkundung und kritische Reflexion von Lehrinhalten aus verschiedenen Kulturen, Ethnien und Kontinenten werden Schüler_innen nicht nur zu weltoffenen und global denkenden Individuen herangebildet, sondern auch zu aktiven Gestaltern einer pluralistischen Gesellschaft. Diese Bildungsansätze eröffnen neue Perspektiven und fördern ein tieferes Verständnis für soziale Gerechtigkeit und Inklusion, indem sie Vielfalt als unverzichtbare Bereicherung für das gesellschaftliche Miteinander begreifen. Auf diese Weise trägt die Förderung interkultureller Bildung nicht nur zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Schüler_innen bei, sondern auch zur Schaffung eines inspirierenden Umfelds, das Vielfalt aktiv fördert und als zentralen Wert einer gerechten und inklusiven Gesellschaft hervorhebt.

Forderung:

- Einbeziehung von Lehrmaterialien, die verschiedene kulturelle Perspektiven und historische Ereignisse außerhalb Europas umfassen.
- Organisation von Workshops, Diskussionsrunden und kulturellen Veranstaltungen, die den interkulturellen Austausch fördern.
- Schulung für Lehrkräfte, um ihre interkulturelle Kompetenz zu stärken und ihnen zu helfen, eine diverse Schulgemeinschaft zu unterstützen.
- Regelmäßige Überprüfung der Lehrpläne auf ihre Vielfalt und Relevanz und kontinuierliche Anpassung an die sich verändernden globalen Realitäten und gesellschaftlichen Bedürfnisse.



4. Gläserne Note

*Antrag von: Moriah-Joyce De Vera, VBS Floridsdorf
Xinhao Du, Amerlinggymnasium*

Jedes Schuljahr werden am Ende des Semesters kurz vor Notenschluss die Noten bekannt gegeben, dabei gibt es nicht selten böse Überraschungen. Oft kommt es vor, dass einer Schülerin oder einem Schüler die eigene Note nicht klar ist und man sich fragt, wie es eigentlich zu dieser Note gekommen ist.

Derzeit kann man sich als Schülerin oder Schüler jederzeit bei der eigenen Lehrerin bzw beim eigenen Lehrer über den aktuellen Notenstand informieren. Leider wird dieses Angebot viel zu selten in Anspruch genommen, da das Feedback meist undurchsichtig und nicht nachvollziehbar ist. Sollte die Beurteilung hier negativ ausfallen kann das oft zu Demotivation führen, die weder den Schülerinnen und Schülern noch den Lehrerinnen und Lehrern nutzt.

Um hier klare Einsicht zu schaffen, wäre es notwendig, dass Schülerinnen und Schüler über das ganze Jahr hinweg die Möglichkeit bekommen, ihre Note digital in Kombination mit konstruktivem Feedback einzusehen. Dadurch könnte man sich Noten auch schon weit vor dem Semesterende ausbessern, was auch die Anzahl der Prüfungen vor dem Semesterschluss erheblich reduzieren würde. Davon würden Lehrerinnen und Lehrer ebenfalls stark profitieren.

Im Angesicht der oben genannten Punkte fordere ich deshalb eine Umsetzung der oben beschriebenen gläsernen Note.

Forderung:

- Die durchgehende Bereitstellung des aktuellen Beurteilungsstandes, gekoppelt mit konstruktivem Feedback für alle Schülerinnen und Schüler Wiens
- Die ständige Bereitstellung der Beurteilungskriterien online



5. Eine zentrale Zentralmatura?

Antrag von: Ivan Ivanov

Öffentliches Gymnasium der Stiftung Theresianische
Akademie

Die Benotung der Matura ist insbesondere in sprachlichen Fächern wie Englisch und Französisch nicht objektiv genug. Während viele Aufgaben eindeutige Lösungen haben, gibt es bei offenen Antwortmöglichkeiten und Textproduktionen erheblichen Spielraum in der Korrektur. Dies führt zu erheblichen Unterschieden in der Notengebung.

Ein Beispiel aus dem letzten Maturajahrgang zeigt, dass eine geteilte Klasse mit unterschiedlichen Lehrkräften stark voneinander abweichende Noten erhielt. Während eine Hälfte der Klasse fünf „Sehr gut“ von 13 Schüler:innen erreichte, gab es in der anderen Hälfte mit einer strengeren Lehrkraft nur ein „Sehr gut“ bei zwölf Schüler:innen. Diese Unterschiede können nicht allein durch individuelle Leistung erklärt werden.

Um Einsprüchen vorzubeugen, werden zudem gezielt keine negativen Noten vergeben, sodass Schüler:innen keine Möglichkeit haben, eine Neubewertung zu verlangen. Die letzte interne Überprüfung durch eine andere Lehrkraft ist keine wirksame Kontrolle, da hier gegenseitige Absprachen eine objektive Bewertung verhindern.

Die Matura muss wirklich zentralisiert werden, um eine faire und vergleichbare Beurteilung sicherzustellen.

Forderung:

- Die Korrekturauflagen für Lehrkräfte müssen strenger geregelt werden, um den individuellen Spielraum bei offenen Aufgaben zu minimieren.
- Die Korrektur von Maturaarbeiten muss anonymisiert durch schulexterne Lehrkräfte erfolgen.
- Ein Einspruch muss für jede Note möglich sein, unabhängig davon, ob sie negativ ist oder nicht.



6. Chancengerechtigkeit in MINT-Fächern: Gemeinsam für eine bessere Zukunft!

Antrags von: *Mika Moser, AHS Maculangasse*

Jacob Guberner, AHS Geblergasse

Der Anteil von Frauen in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) ist in Österreich nach wie vor alarmierend gering. Laut aktuellen Studien entscheiden sich deutlich weniger Mädchen und junge Frauen für technische oder naturwissenschaftliche Schwerpunkte – nicht, weil sie kein Interesse oder Talent dafür haben, sondern weil sie auf strukturelle Hürden stoßen.

Das ist nicht nur im Sinne der Gleichstellung von Frauen und Männern ein Armutszeugnis, sondern schadet inzwischen auch der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. In einer Zeit, in der Fachkräfte in technischen Berufen dringend gesucht werden, können wir es uns nicht leisten, die Hälfte des Potenzials unserer Gesellschaft ungenutzt zu lassen. Viele von uns kennen das Problem: MINT-Fächer wirken oft wie eine Männerdomäne. Gerade Schulen wie Höhere Technische Lehranstalten (HTLs), die wichtigen Zugänge zu technischen Studiengängen und Berufen schaffen, haben eine Atmosphäre, die es Mädchen und jungen Frauen schwer macht, sich wohlfühlen und ihr Potenzial zu entfalten. Von fehlender Unterstützung über sexistischen Bemerkungen bis hin zu mangelnden weiblichen Vorbildern – all das sorgt dafür, dass sich Mädchen in diesen Fächern oft nicht willkommen fühlen.

Das führt nicht nur dazu, dass weniger Frauen technische Berufe ergreifen, sondern auch dazu, dass junge Frauen, die sich für MINT-Fächer interessieren, frühzeitig die Motivation verlieren.

Doch diese Situation kann und sollte verändert werden. Mit gezielten Maßnahmen können wir Schulen zu Orten machen, an denen alle Schüler:innen die gleichen Chancen haben und in denen Vielfalt und Gleichberechtigung gefördert werden. Nur so schaffen wir ein Bildungssystem, das wirklich für alle da ist – unabhängig von Geschlecht oder anderen Merkmalen.

Forderungen:

- Jede HTL und jede technische Schule soll ein Mentoring-Programm einführen, in dem Schülerinnen von erfahrenen Lehrerinnen, Absolventinnen oder weiblichen Fachkräften begleitet werden. Ziel ist es, Mädchen in ihrer schulischen Laufbahn und bei der Berufsorientierung zu unterstützen.
- Schulen müssen klare Regeln und Maßnahmen gegen sexistische und diskriminierende Verhaltensweisen einführen, um ein respektvolles Lernumfeld zu gewährleisten. Dazu gehört die Einrichtung einer anonymen Meldeplattform für Betroffene.
- Jede technische Schule soll jährlich Gastvorträge oder Exkursionen organisieren, bei denen erfolgreiche Frauen aus MINT-Berufen ihre Erfahrungen teilen und Schülerinnen motivieren.
- Kostenlose Schnupperkurse: Schulen sollen regelmäßig kostenlose Schnupperkurse und Projekte für Mädchen in MINT-Fächern anbieten. Ziel ist es, niedrigschwellige Zugänge zu schaffen und Interesse an Technik und Naturwissenschaften zu fördern.

7. Cinnamonrolls statt Genderroles!

*Antrag von: Aanab Mohamed, AHS Geringergasse
Jacob Guberner, AHS Geblergasse
Mika Moser, AHS Maculangasse
Farah Denno, AHS Fichtnerasse*

Obwohl Zimtschnecken sehr gut schmecken, handelt es sich in diesem Antrag nicht spezifisch darum. Aber trotzdem geht es ums Kochen! Selbstversorgung ist eine essenzielle Lebenskompetenz. Jeder Mensch sollte wissen, wie man sich eine einfache, gesunde Mahlzeit zubereitet, anstatt von Fast-Food-Restaurants oder anderen Personen abhängig zu sein.

Wenn die Schule uns beibringt, wie man das Volumen eines Pools berechnet, sollte sie uns auch darauf vorbereiten, wie wir uns im Alltag gesund und selbständig ernähren können. Schließlich ist es das Ziel der Schule, uns auf das spätere Leben vorzubereiten. Man könnte argumentieren, dass Kochen Privatsache sei – doch dasselbe könnte man über das Fach "Bewegung und Sport" sagen. Nicht jeder genießt Sport, dennoch ist unbestritten, dass Bewegung essenziell für ein gesundes Leben ist. Kochen ist nicht anders.

Das Ziel ist es, Schüler:innen eine praktische und nachhaltige Kompetenz mit auf den Weg zu geben, die langfristig ihre Gesundheit, Selbständigkeit und Lebensqualität verbessert.

Forderungen:

- Einrichtung des Faches "Kochen": Das Fach "Kochen" soll von der 1. bis zur 4. Sekundarstufe eingeführt werden und mindestens eine Unterrichtseinheit pro Monat soll diesem Fach gewidmet sein.
- Freiwillige Kochkurse ab der 9. Schulstufe: Schulen sollen optionale Kochkurse anbieten, die auf fortgeschrittene Techniken und internationale Küche eingehen.



8. Antrag auf Einführung eines verpflichtenden Betriebspraktikums in der 4. Klasse der BMHS

Antrag von: Ahmethan Isik, HTL Donaustadt

Luca Prumüller, HTL Donaustadt

Abo Hassan, HTL Wien West

Jacob Guberner, AHS Geblergasse

Um Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Höheren Schulen (BMHS) besser auf ihre zukünftigen Berufsfelder vorzubereiten, wird beantragt, ein verpflichtendes dreimonatiges Betriebspraktikum in der 4. Klasse während der Schulzeit einzuführen – analog zum bestehenden Modell der Fachschulen der Höheren Technischen Lehranstalten (HTL).

Das Praktikum bietet den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, wertvolle Praxiserfahrungen zu sammeln, die in einem realen Arbeitsumfeld nur über einen längeren Zeitraum gewonnen werden können. Ein dreimonatiges Praktikum bereitet zudem optimal auf die Projektarbeit in der 5. Klasse vor, da Praxiserfahrungen in das Projekt einfließen und dessen Realitätsnähe erhöhen können.

Darüber hinaus fördert das Praktikum die berufliche Orientierung: Die Schülerinnen entwickeln ein besseres Gespür für ihre Interessen und Eignungen und können ihre Vorstellungen vom Arbeitsalltag im gewählten Berufsfeld überprüfen. Auch Arbeitgeber profitieren von dieser Initiative, da die Schülerinnen sich bereits mit den erforderlichen Fähigkeiten und Abläufen im Berufsfeld vertraut machen.

Durch die enge Zusammenarbeit wird zudem die Kooperation zwischen Schulen und Betrieben gestärkt, was den Berufseinstieg für Absolvent*innen erleichtert und die Attraktivität der BMHS- Ausbildung insgesamt steigert.

Ein verpflichtendes Praktikum in der 4. Klasse verbessert somit die Chancen der Schüler*innen auf eine fundierte Berufsorientierung, stärkt ihre Selbstständigkeit und Schlüsselkompetenzen und sorgt für eine praxisnahe Ausbildung.

Forderung:

- Einführung eines verpflichtenden Betriebspraktikums für alle 4. Klassen der BMHS.
- Steigerung der Attraktivität und Praxisnähe der BMHS-Ausbildung.



9. Mental Health Matters!

Antrag von: *:Louis Oberhammer, pG Theresianum*

Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, BORG1

Lisa Gubler, pG Infinum

Nahuel Allidi-Bernasconi, GRG22

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Alessia Marei, Wenzgasse

Dieser Antrag kommt euch bekannt vor? Er wurde schon gestellt. Und er wird weiter gestellt werden, bis die Politik uns anhört, denn Mental Health ist ein Thema bei dem man nicht schweigen kann.

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler:innen fühlten sich alleine gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Die Jugend ist am meisten beeinflusst von der Klimakrise, viele haben keinen wirklichen Ausblick auf ihre Zukunft in 30-40 Jahren. Die Jugend leidet stark unter den aktuellen Krisen, viele junge Leute fürchten die Gewaltwellen aus der Ukraine, oder aus Israel/Palästina schwappen auch nach Österreich über. Doch wo bleibt die Politik?

Laut einer Studie des Gesundheitsministeriums leiden über 30% der Schüler:innen in der 11. Schulstufe an Zukunftssorgen. Einschlafschwierigkeiten, Gereiztheit, Nervosität und Niedergeschlagenheit sind in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen(1). Auch die besonders schweren Fälle steigen, über 15% der 18-Jährigen haben bereits eine klinisch schwere depressive Episode erlebt(2).

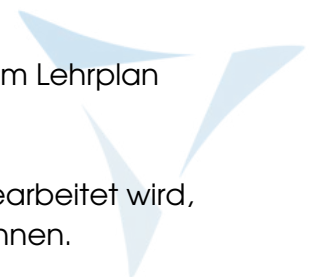
Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog:innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog:innen an Schulen, die den Schüler:innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist natürlich sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog:innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler:innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede:n Schüler:in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler:innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung

Forderungen:

- Wir fordern die Verankerung von mehr Diskussionen zur Stoffvermittlung im Lehrplan aller Schulen.
- Wir fordern Fortbildungen für Lehrkräfte, wo gezielt zu diesen Themen gearbeitet wird, damit Diskussionen effektiv als Mittel im Unterricht eingesetzt werden können.



Forderungen:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler:innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog:innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren
- Wir fordern eine ständige unabhängige Evaluierungskommission, die sich mit der Lage um Suizidprävention und mentaler Gesundheit an den Schulen Wiens beschäftigt, und dahingehend transparent Empfehlungen an Verantwortliche ausspricht.
- Wir fordern, dass bereits in der Unterstufe das Thema mentale Gesundheit in Form eines Workshops thematisiert wird, um den Schüler:innen eine möglichst frühe und neutrale Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen.
- Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Klassenvorständ:innen Fortbildungen mit Expert:innen zum Thema mentale Gesundheit bei Jugendlichen besuchen.
- Wir fordern eine zentrale Meldestelle in der Bildungsdirektion für Lehrer:innen, die das Thema mentale Gesundheit verharmlosen und Schüler:innen ein falsches Bild zu diesem Thema vermitteln.
- Wir fordern, dass an jeder Schule Wiens mindestens ein Workshop zum Thema Suizidprävention abgehalten wird. Die LSV kann hier nach Anfrage Organisationen die diese abhalten vermitteln.
- Wir fordern, dass bei einem Suizid oder einem versuchten Suizid eines/r Schüler:in mit sofortiger Wirkung eine Kommission eingesetzt wird, deren Aufgabe daraus besteht, das schulische Umfeld auf Mängel beim Thema Umgang mit mentaler Gesundheit zu untersuchen.

(1): https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=644&attachmentName=Psychische_Gesundheit_von_%C3%B6sterreichischen_Jugendlichen_PDFUA.pdf

(2): <https://www.bildung-stmk.gv.at/dam/jcr:52ba099e-4c3d-45b4-8ad8-30be311370b3/Depressionen%20im%20Jugendalter.pdf>



10. Gewaltig gegen Gewalt!

*Antrag von: Lea Hemedinger, BORG1
Lisa Gubler, pG Infinum
Anselm Husz, BHAKWIEN22
Louis Oberhammer, pG Theresianum
Deniz Helienek, GRG22
Alessia Marei, Wenzgasse
Lorenz Unger, GRG19*

27 Femizide und 41 Mordversuche oder schwere Gewalttaten im Jahr 2024. Das ist leider die Realität, in der wir leben und das muss aufhören!

Lange dauert es nie, das Jahr 2023 war gerade mal 13 Tage alt, als in Österreich die erste tödliche Gewalttat an einer Frau gemeldet wurde. Die traurige Wahrheit ist, dass es in Österreich keinen gefährlicheren Ort für Frauen und Mädchen gibt als die eigenen vier Wände. Gewalt an Mädchen in der Schule kann von einzelnen Personen ausgehen, aber auch strukturell bedingt sein.

Es muss verstanden werden, dass dieses Problem nicht nur einseitig gelöst werden kann, sondern vielschichtig und früh seinen Ursprung hat. Gewalt beginnt nicht erst im Erwachsenenalter. Gewalt beginnt schon früh im Kinder- und Jugendalter. Genau hier muss angesetzt werden und es müssen nachhaltig präventive Maßnahmen gesetzt werden! Jegliche Form der Gewalt hat in der Schule keinen Platz!

Präventive Maßnahmen wie Workshops, Infomaterialien vor Ort an Schulen bezüglich Anlaufstellen, gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Besprechung im Unterricht durch eine Verankerung im Lehrplan sind ausdrücklich anzudenken!

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende präventive Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in der Form von Workshops an Schulen und Infomaterialien zu Anlaufstellen an Schulen.
- Wir fordern gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Verankerung der Aufklärung über Gewalt im Lehrplan.



11. Geschichte gerecht gestalten

Antrag von: Mika Moser, Erg-donaustadt

Jacob gubernier, AHS Geblergasse

Wie viele Weibliche Künstlerinnen kennst du? Wie viele Wissenschaftlerinnen kannst du nennen?

Dass es wenige Antworten auf diese Frage gibt, liegt nicht an einer Person selbst, sondern an den vielen Strukturen, die es Frauen unmöglich gemacht haben, gehört, beachtet und gesehen zu werden.

Der Geschichtsunterricht an Schulen konzentriert sich oft auf große politische Ereignisse, Kriege und die Errungenschaften männlicher Protagonisten. Die Rolle von Frauen in der Geschichte und die systematische Unterdrückung, der sie ausgesetzt waren, werden dabei weitgehend vernachlässigt. Dies führt dazu, dass Schüler:innen ein verzerrtes Bild von Geschichte vermittelt bekommen, in dem wichtige gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse kaum sichtbar sind.

Die historische Unterdrückung von Frauen zeigt sich in vielfältigen Formen: rechtliche Diskriminierung, Ausschluss von Bildung und politischen Entscheidungsprozessen, wirtschaftliche Abhängigkeit und gesellschaftliche Normen, die Frauen systematisch benachteiligten. Diese Mechanismen wirken bis heute nach und beeinflussen unsere Gesellschaft.

Ein Geschichtsunterricht, der diese Aspekte ignoriert, versäumt nicht nur, junge Menschen umfassend aufzuklären, sondern trägt auch dazu bei, bestehende Ungleichheiten zu reproduzieren. Die Integration dieses Themas ist essenziell, um ein Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung historischer Ungleichheiten zu schaffen.

Forderungen:

- Weiterbildung für Lehrpersonal über die Marginalisierung von Frauen
- Einbeziehung von „der Geschichte der Frau“ in den Standard-Lehrplan



12. ICH HASSE DICH!!!!

Antrag von: Laura Grebner, pRG Komenský

Sebastian Almarales Barbán, Döblinger Gymnasium

Hass ist ein sehr starkes Wort. Trotzdem beschreiben laut einer Studie des Innenministeriums 1/3 aller Schülerinnen und Schüler Österreichs ihren Alltag als Hass erfüllt. Sie werden tagtäglich beleidigt, niedergemacht und aus der Klassengemeinschaft ausgeschlossen – kurz gesagt: sie werden gemobbt. Beteiligt sind hier nicht nur Mitschülerinnen und Mitschüler, sondern in Extremfällen manchmal sogar der eigene Geo oder Bio Lehrer. Aber es gibt doch so viele Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken! Oder doch nicht? Die meisten Mobbingopfer werden viel zu spät erkannt, weil sich die betroffene Person nicht traut, etwas zu sagen oder findet, dass die Situation „eh nicht so schlimm“ sei. Und was tun, wenn der eigene Lehrer oder die eigene Lehrerin der*die Mobber*in ist? An wen soll man sich dann wenden? Für viele ist so eine Situation aussichtslos. Deswegen müssen wir das Thema endlich enttabuisieren und hinschauen, etwas dagegen tun und die Schule zu einem Ort machen, an dem sich alle wohlfühlen!

Forderungen:

- Mehr Schutz für Schülerinnen und Schüler in Bezug auf Mobbing im Klassenraum und durch Lehrpersonen, indem man sichergeht, dass Betroffene durch das Ansprechen nicht benachteiligt werden und nicht um ihr Wohlbefinden fürchten müssen
- Eine unabhängige Anlaufstelle für Schülerinnen und Schüler, die von Lehrpersonen unfair behandelt werden
- Schulungen für Lehrpersonen um Mobbing frühzeitig erkennen zu können und dem entgegenwirken zu können
- Klassenvorstandsstunden in der Oberstufe, um die Klassengemeinschaft zu stärken



13. Limit überschritten!

Antrag von: Laurenz Repnik, TGM - Die Schule der Technik

Für einen optimalen Lernerfolg werden pro Klasse idealerweise 20 bis 25 Schülerinnen und Schüler empfohlen. In der Realität ist diese Klassengröße jedoch selten anzutreffen. Viele von uns besuchen Klassen mit bis zu 32 Schülerinnen und Schülern, in Ausnahmefällen sogar bis zu 35. Dies erschwert nicht nur die aktive Teilnahme am Unterricht, sondern macht es den Lehrkräften faktisch unmöglich, individuell auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Um dieser Problematik zu begegnen, ist eine gesetzliche Festlegung der Klassenschülerhöchstzahl in Wien dringend erforderlich. Wir schlagen daher eine Höchstzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse vor. In Ausnahmefällen, die von der zuständigen Bildungsdirektion genehmigt werden müssen, sollte eine maximale Klassenstärke von 30 Schülerinnen und Schülern möglich sein.

Forderung:

- Einführung einer Klassenschülerhöchstzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse.
- Genehmigungspflichtige Ausnahmeregelung: In begründeten Fällen darf die Klassengröße auf maximal 30 Schülerinnen und Schüler erhöht werden, wenn dies von der zuständigen Bildungsdirektion bewilligt wird.
- Erhalt bestehender Klassenstrukturen: Bereits bestehende Klassen sollten nicht aufgeteilt werden, um die gewachsenen Klassengemeinschaften nicht zu gefährden.



14. Matura ohne Nervenzusammenbruch

Antrag von: Marie Charwat, KMD Modestraße

6 Abschlussprüfungen in kürzester Zeit. Das fordert nicht nur Nerven, sondern geht auch auf die mentale Gesundheit. Doch was wäre, wenn es eine einfache Lösung für dieses Problem gäbe? Viele unserer Schulfächer haben wir in unserem Abschlussjahr bereits abgeschlossen und nicht mehr am Stundenplan. Um den Maturantinnen und Maturanten also ein wenig Stress abzunehmen gibt es bereits an vielen Schulen die vorgezogene Matura. Bei dieser können die Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis bereits im Herbst des Abschlussjahres Ihre Matura belegen, wodurch sie im Juni deutlich weniger Stress haben. Das ist eine extrem coole Möglichkeit, gleichzeitig Maturantinnen und Maturanten, aber auch Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, nicht umsonst existiert das System bereits in sehr vielen Schulen und ist schulintern auf Wunsch der Schule jederzeit umsetzbar. Daher fordere ich die Einführung der vorgezogenen Matura an allen Schulen wie auch bei den Forderungen einsehbar.

Forderungen:

- Die Einführung der freiwilligen Möglichkeit an allen Schulen, in Pflichtfächern, die in der letzten Schulstufe nicht mehr unterrichtet werden, vorzeitig im Herbst zu maturieren



15. Flexibilität? Ja, bitte!

Antrag von: Moritz Lindner, St Ursula

kurz. Genau das zeichnet sich auch beim Lerntempo der Schülerinnen und Schüler ab. Während eine Person ein Stoffkapitel im Unterricht vielleicht sofort versteht, tut sich eine andere Person schwerer. Das ist menschlich. Denn Jeder und Jede hat unterschiedliche Stärken. Um die eigenen Stärken und Schwächen in der Schule optimal einsetzen zu können, spreche ich mich für eine verstärkte Nutzung des Schulversuches „Flexzeiten“ ein. Dieser ermöglicht es Schülerinnen und Schülern durch eine Kürzung der Unterrichtsstunden auf 43 Minuten und zusätzliche, frei nutzbare, Lernstunden ihre Zeit optimal einzuteilen und sich vermehrt auf schwerere Themen fokussieren zu können und nicht zum 4. Mal das einfachste Thema durchgehen zu müssen. Dies würde nicht nur die Lerndynamik innerhalb der Klasse optimieren, sondern auch zu einem besseren Verständnis des Stoffes führen.

Forderungen:

- Kürzung der Unterrichtseinheiten in der AHS Oberstufe auf 43 Minuten
- Einführung der Flexzeiten an allen AHS Oberstufenklassen
- Die LSV soll die Bildungsdirektion dazu auffordern die Flexzeiten als Schulversuch anzubieten



16. Schule, aber richtig!

*Antrag von: Aanab Mohamed, AHS Geringergasse
Jacob Guberner, AHS Geblergasse
Abo Hassan, HTL Wien West*

Wir besuchen alle eine Schule, aber was lernen wir dort eigentlich? Wisst ihr wie man einen Steuerausgleich macht? Ein Bewerbungsschreiben schreibt? Wie man Beihilfen anfragt? Viele wissen es nicht. Aber die meisten wissen was es mit Cosinus, Sinus und Tangens auf sich hat. In diesem Antrag geht es nicht nur um das Fach Mathematik, sondern unseren gemeinsamen Lehrplan, vor allem in der AHS, aber auch in berufsbildenden Schulen bzw. Berufsschulen. Als LSV fordern wir immer wieder gerne neue Fächer, die leider sowieso vom Bildungsministerium abgelehnt werden, aber wie wäre es damit, dass wir praktische Allgemeinbildung in den bestehenden Lehrplan der Gymnasien integrieren? Dafür braucht man kein neues Schulfach, das uns Schüler_innen weiteren Schulstress bereitet.

Ist es zu viel verlangt, dass man in Mathematik auch über Steuern lernt? Oder in Geografie über das Investieren und wie man am besten sein Geld anlegen kann. Allgemeinbildung muss in unseren Schulen auch praktisch gedacht werden. Wer nicht auf die spätere Arbeitswelt vorbereitet ist, der kann nicht von Allgemeinbildung sprechen. Ein weiteres Beispiel ist grundlegendes medizinisches Wissen, denn ab dem 14. Lebensjahr dürfen alle Kinder bzw. Jugendliche Österreichs grundsätzlich allein medizinische Behandlungen aufsuchen. So sollte man in der Schule zumindest gelernt haben, wie man seinen eigenen Befund liest, versteht und anschließend Beratung von einem Arzt aufsucht. Schließlich handelt es sich hier um „allgemein Wissen“ ..., oder?

Forderungen:

- Integrierung von grundlegendem wirtschaftlichen Praxiswissen in den Lehrplan von allen Schultypen
- Möglichkeiten für Schüler_innen, in einem sinnvollen Ausmaß den Unterricht selbst mitgestalten zu können, um individuelle Interessen zu fördern
- Integrierung von grundlegendem medizinischen Praxiswissen in den Biologielehrplan



17. AHS – Was dann?

Antrag von: Moritz Lindner, St. ursula

AHS – Was dann?

Die AHS soll einen breiten Einblick in die verschiedensten Fächer geben, damit man als Absolvent oder Absolventin die freie Wahl bezüglich des Studiums hat. Viel zu kurz kommt dabei aber ein konkreter Einblick in die Zeit nach der Matura. Ein Großteil der Schülerinnen und Schüler ist sich selbst kurz vor der Matura unsicher in welchem Bereich sie später studieren und oder arbeiten möchten. Natürlich hat man zu diesem Zeitpunkt noch Zeit sich zu informieren jedoch fehlt an sehr vielen. Schulen schlicht weg das Material und Angebot hierfür. Um allen Schülerinnen und Schülern der Wiener AHSen die Möglichkeit einen Einblick in die Berufs- und Studienwelt zu geben, schlage ich die Einführung von freiwilligen berufspraktischen Tagen, einen Informationstag zu möglichen Studiengängen und die Bereitstellung von Infomaterial bezüglich Praktika vor. Dadurch könnte sich jede Schülerin und jeder Schüler auf freiwilliger Basis in den verschiedensten Bereichen einen guten Eindruck verschaffen, was meiner Meinung nach für alle nur von Vorteil ist.

Forderung:

- Einführung eines 4 stündigen Studieninformationstag in der 7. Klasse AHS
- Anrecht auf jährliche, freiwillige berufspraktische Tage im Rahmen von 1 Woche für alle Schülerinnen und Schüler (deren Lehrerfolg dadurch nicht gefährdet wird) der Sekundarstufe II einer AHS
- Bereitstellung von Infomaterial zu möglichen Praktika an allen AHSen Wiens



18. Erdbeerwoche – kein Problem!

Antrag von: Lea Hemedinger, ORG1

Lisa Gubler, pG Infinum

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Alessia Marei, Wenzgasse

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht.

Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler:innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.



19. „Das Internet ist für uns alle Neuland“

Antrag von: *Anselm Husz, BHAKWIEN22*

Louis Oberhammer, pG Theresinaum

Lorenz Unger, GRG 19

Lisa Gubler, pG Infinum

„Bei mir in der Stunde schreibts ihr sicher nicht am Laptop!“, „Die Hausübung könnt's ihr von der Tafel abschreiben, ich benutz das Untis nicht!“, „Ja ich hab die Folien nur für Overheadprojektor, kann den wer reinholen?“ Sätze, die man zu oft noch an Wiener Schule hört. Von einer Digitalisierungsoffensive spürt man hier nichts. Natürlich ist das nicht der Regelfall und es wird an manchen Schulen schon daran gearbeitet, die Digitalisierung voranzutreiben, aber das ist bei weitem noch nicht genug für das 21. Jahrhundert. Es beginnt bei der Zugänglichkeit zu digitaler Infrastruktur in den Schulen. Der Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet, sowie notwendigen Geräten muss flächendeckend fertiggestellt werden. Dabei dürfen Indexschulen nicht kürzer als Privatschulen kommen. Genauso ist es zu spät um erst die jüngeren Jahrgänge mit der nötigen Infrastruktur zu versorgen, es muss auch möglich sein noch in der Oberstufe auf den Unterricht mit Laptops bzw. Tablets umzusteigen.

Damit Schüler:innen zu digital mündigen Bürger:innen werden, reicht aber nicht allein die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur, es braucht auch die Ausbildung daran. Dass Schüler:innen Schreibschrift lernen aber nicht effizient auf einer Tastatur tippen können, kann nicht sein. Weiter sollte künstliche Intelligenz sowie digitale Medien sollten vermehrt im Unterricht thematisiert werden. Anstatt sie zu stigmatisieren und aus der Schule fernzuhalten, ist es wichtig, sie bewusst in den Schulalltag zu integrieren. Es kann nicht sein, dass in den Schulen versucht wird, eine Realität zu schaffen, in der es keine künstliche Intelligenz sowie digitale Hilfsmittel gibt. Hier muss sich das Bildungssystem an die Veränderungen der heutigen Zeit anpassen.

Doch nur geschultes Personal schafft es, all das Schüler:innen auch näher zu bringen. Deshalb braucht es kurz- bzw. mittelfristig vermehrt Fortbildungen für Lehrkräfte im digitalen Bereich. Langfristig ist jedoch klar, dass Digitalisierung auch einen Platz im Lehramtsstudium braucht.

Forderung:

- Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet an Schulen.
- Wir fordern die flächendeckende Ausstattung von Schüler:innen mit Laptops bzw. Tablets, dieser darf nicht nur auf neue erste Klassen beschränkt sein.
- Wir fordern die flächendeckende Integration von digitalen Endgeräten in den Unterricht.
- Wir fordern, dass das 10-Finger-System in der Schule gelehrt wird.
- Wir fordern, dass die Chancen sowie Risiken von digitalen Medien vermehrt im Unterricht behandelt werden.
- Wir fordern die Thematisierung und Verwendung von künstlicher Intelligenz im Unterricht.
- Wir fordern, dass Lehrkräfte im digitalen Bereich geschult werden und langfristig Digitalisierung im Lehramtsstudium behandelt wird.

20. Antifaschismus immer und überall

Antrag von: Hussein Al-Hakeem, HTL Wien West

Anna Reidl, Bertha-von-Suttner-Gymnasium, Schulschiff)

Oskar Breuß-Strasser, BORG 2

Mara Turin, BORG 2

Antifaschistische Arbeit ist ein grundlegender Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft und hat wesentlich zur Etablierung und Verteidigung der Demokratie in Österreich beigetragen. In einer Zeit, in der rechtsextreme Kräfte, die sich offen zum Faschismus bekennen, versuchen, unsere Gesellschaft durch Verbreitung von Lügen und Desinformation zu spalten, ist es wichtiger denn je, diesen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten.

Rechtsextreme Ideologien zielen darauf ab, Ängste zu schüren, um gesellschaftliche Spannungen zu verstärken. Sie nutzen gezielt gesellschaftliche Unsicherheiten, um ihre Hetze zu verbreiten und Minderheiten zu diskriminieren. Diese Entwicklung bedroht nicht nur den sozialen Frieden, sondern untergräbt auch die Werte, auf denen unsere Demokratie basiert: Freiheit, Gleichheit, Respekt vor der Menschenwürde und Solidarität. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir als Jugendliche aktiv für Antifaschismus eintreten und ihn in allen politischen Instrumenten und Strukturen verankern.

Die Vertretung aller Schülerinnen und Schüler in Wien spielt hierbei eine zentrale Rolle. Sie sollte sich klar und unmissverständlich gegen rechtsextreme Ideologien positionieren und die Bedeutung antifaschistischer Arbeit in den Vordergrund rücken.

Durch Aktionen wie Workshops, Podiumsdiskussionen und Social-Media-Posts, die Etablierung von Aufklärung über rechtsextreme Ideologien im Lehrplan sowie einer klaren Distanzierung der LSV Wien von rechtsextremen Organisationen könnten wir ein starkes Zeichen gegen diese menschenverachtenden Gruppen setzen.

Indem wir uns aktiv für Antifaschismus engagieren, tragen wir dazu bei, unsere Demokratie zu stärken und ein Umfeld zu schaffen, in dem Vielfalt und Respekt für alle Menschen gefördert werden. Es liegt in unserer Verantwortung, gemeinsam für eine Zukunft zu kämpfen, die von Toleranz, Gerechtigkeit und Frieden geprägt ist.

„Es gibt keine Freiheit ohne Widerstand“ - Che Guevara

Forderung:

- Keine Zusammenarbeit der LSV Wien mit rechtsextremen Parteien und Organisationen!
- Mindestens ein/e Posting/Veranstaltung zur Aufklärung über den Faschismus!
- Aufklärung über rechtsextreme Ideologien in den Lehrplan etablieren!



21. Zu heiß, zu kalt? UNS AUCH!

Antrag von: *Xinhao Du, Amerlinggymnasium*

Dejana Leimegger, Amerlinggymnasium

Die klimatischen Bedingungen in den Sommer- und Wintermonaten stellen Schüler:innen und Lehrkräfte zunehmend vor gesundheitliche Herausforderungen. Hohe Temperaturen in Klassenräumen führen zu Kreislaufproblemen, Kopfschmerzen und Erschöpfung, was nicht nur das Wohlbefinden der Schüler:innen beeinträchtigt, sondern auch ihre Konzentrationsfähigkeit und somit den Lernerfolg deutlich mindert. Es ist erwiesen, dass extreme Hitze die Lernfähigkeit reduziert und somit langfristig zu Defiziten in der schulischen Ausbildung führen kann.

Aber auch extrem niedrige Temperaturen stellen ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko dar, besonders für jene Schüler:innen, die mit dem Rad oder zu Fuß zur Schule kommen. Wenn sie schon durchgefroren im Klassenzimmer ankommen, leidet nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch ihre Konzentration. In solchen Fällen würde ein kältefreier Tag verhindern, dass Schüler:innen sich gesundheitlichen Gefahren aussetzen müssen, und wäre ein sinnvoller Schutz, um ihre schulischen Leistungen und ihr Wohlbefinden nicht zu beeinträchtigen.

Darüber hinaus könnten Schulen durch bauliche Maßnahmen wie Außenjalousien besser auf steigende Temperaturen reagieren. Außenjalousien sind eine kosteneffiziente Möglichkeit, um das Aufheizen von Räumen zu reduzieren und ein angenehmes Raumklima zu schaffen. Weniger Hitze bedeutet ein besseres Lernumfeld, in dem Schüler:innen konzentrierter und gesünder arbeiten können. Besonders in den Sommermonaten wären damit kühlere Klassenzimmer für alle Wiener Schulen gewährleistet.

Schließlich ist während Prüfungsphasen, wie bei der Matura, eine kühle und ruhige Umgebung entscheidend, damit die Schüler:innen ihr volles Potenzial ausschöpfen können. Hohe Raumtemperaturen führen auch hier zu Konzentrationsverlust und Erschöpfung, was gerade in entscheidenden Momenten unfair ist. Klimaanlage in den Maturaräumen könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten, um faire und leistungsfördernde Prüfungsbedingungen zu schaffen und so eine gesunde Grundlage für den Lernerfolg zu sichern.

Forderung:

- Einführung von „Hitzefreien Tagen“ ab 30°C Raumtemperatur
- Einführung von „Kältefreien Tagen“ bei Außentemperaturen ab -15°C
- Ausstattung aller Wiener Schulen mit Außenjalousien
- Installation von Klimaanlage in Maturaräumen



22. Visuell, Auditiv, etc - Lernmethoden!

Antrag von: Xinhao Du, Amerlinggymnasium

Moriah-Joyce De Vera, VBS Floridsdorf

Studien zeigen, dass der Lernerfolg viel leichter erreicht wird, sobald man auf unterschiedliche Methoden lernt. Um genau diesen Effekt in der Schule einzubauen wäre es von Vorteil, im Lehramtsstudium auf diverse Unterrichtsmethoden einzugehen, um Lehrerinnen und Lehrern einen Einblick in breit gefächerte Möglichkeiten zu geben, damit diese anschließend die verschiedensten Methoden in ihrem Unterricht verwenden können. Davon profitieren alle Schülerinnen und Schüler, was sich positiv auf ihren Lernerfolg auswirkt.

Forderungen:

- Ausbau der Unterrichtsmethoden im Lehramtsstudium
- Verpflichtende Fortbildungen für ausgebildete Lehrkräfte zum Thema „alternative Lernmethoden“



23. Praktikum aber wie?

Antrag von: Viktoria Chludzinski, Caritas Campus 22

An einer Bmhs Schule ist ein Praktikum ein Muss, ohne den errichteten Praktikumsstunden kann man nicht zur Matura antreten. Jedoch fühlen sich viele Schüler:innen unsicher, wie sie sich in einem professionellen Umfeld verhalten sollen, oder haben Schwierigkeiten, ihre Erfahrungen später sinnvoll zu analysieren. Manche Praktikas erfordern viel Kraft oder können die eigene Psyche des Schülers beeinträchtigen. An meiner Schule haben wir ein Tag wo wir Praktikum haben und danach noch Schule und unsere Praktikumsstelle muss im sozialen Bereich sein sowie ab der 3ten Klasse im Sommer 2 Monate Praktikum. Da finde ich, sollten die Schüler:innen eine Ansprechperson haben sowie eine Person mit der sie über deren Erfahrungen reflektieren können und sie dabei unterstützen eine Stelle zu finden.

Forderungen:

- Genügend verpflichtende Praktikumsvorbereitung für alle Schüler:innen vor Antritt des Praktikums
- Nachbereitung des Praktikums durch verpflichtende Reflexionsgespräche, um sich gegenseitig auszutauschen und nach Tipps fragen zu können
- Betreuung während des Praktikums durch eine Ansprechperson an der Schule, die regelmäßig den Kontakt zu den Praktikant:innen hält und bei Fragen und Problemen da ist



24. „Can a robot write a symphony?“ - I Robot (2004)

Antrag von: Aaron Garcia Schmied, Amerlinggymnasium

„Kann ein Roboter eine Symphonie komponieren?“ – die Antwort darauf?
Unklar... zumindest für die AHS.

Der Informatikunterricht an den AHS in Wien wird leider stark vernachlässigt und ist so gut wie nicht präsent. Das einzige was man lernt ist, wie man mit Programmen wie Word, PowerPoint und Excel umgeht – Fähigkeiten, die bereits in der Unterstufe von uns erwartet werden. Wichtige Themen wie Künstliche Intelligenz, Datenschutz, Sucht Prävention Programmierung und das Verständnis der Funktionsweise eines Computers werden nicht thematisiert.

Der technologische Fortschritt lässt sich nicht aufhalten. Wir leben im Jahr 2025, in einer Welt, in der Technologie allgegenwärtig ist. Die Frage ist, ob wir wollen, dass zukünftige Schüler:innen an den AHS diesen Wandel mitgestalten und den Fortschritt aktiv mitgehen – oder ob sie gegen die Innovation ankämpfen sollen. Wie Brad Pitt in dem Film Moneyball schon sagt: „Adapt or die“.

Forderungen:

- Ausbau des verpflichtenden Informatikunterrichts in der Oberstufe
- Themen wie: KI, Programmieren, Aufbau eines Computers, Sucht Prävention und Datenschutz werden konkret behandelt



25. Antrag: Man lernt nie aus

Antrag von: Lara Zakovsek, HLW10

Wir kennen alle das Sprichwort "Man lernt nie aus". Davon sind unsere Lehrkräfte nicht ausgeschlossen. Da wäre es ja eigentlich klug die Lehrerinnen und Lehrer auch mal in die Schule zu schicken, oder nicht? Dafür bieten sich die pädagogischen Tage. Das ist ein Tag im Jahr an dem die Schüler*innen zu hause bleiben können und die Lehrer*innen über verschiedene Themen gebildet werden. Das Problem dabei ist aber, dass die pädagogischen Tage für jede Schule freiwillig sein. Das soll sich ändern. Jede Schule soll verpflichtend einmal im Jahr einen pädagogischen Tag halten. Dadurch können wir helfen das Leben im Schulalltag für jeden verbessern.

Forderungen:

- Jede Schule soll verpflichtend einen pädagogischen Tag pro Jahr halten



26. Upgrade fürs Schulsystem – weniger Zettel, mehr Zukunft!

Antrag von: Ema Rantasa, HLW 17

Wie oft habt ihr schon einen wichtigen Zettel verloren? Elternbrief weg, Arbeitsblatt zerknittert, dieser eine Zettel wieder unauffindbar? Willkommen im Alltag eines Wiener Schülers – und das im Jahr 2025. Wir leben digital, aber unser Schulsystem ist noch im letzten Jahrhundert.

Das muss sich ändern! Statt uns mit Papier zu überfluten, sollten alle wichtigen Informationen auf unseren Lernplattformen wie Teams verfügbar sein. Kein Chaos, keine Zettelwirtschaft, keine unnötige Umweltverschmutzung – einfach schnell und effizient. Ein weiteres Problem: die Matura. In manchen Schulen dürfen Schülerinnen und Schüler die

Abschlussprüfung am Laptop schreiben, in anderen müssen sie mit der Hand schreiben. Zwei

Schüler in Wien, zwei völlig unterschiedliche Bedingungen. Warum? Weil es keine einheitliche Regelung gibt. Das ist unfair. Die Möglichkeit, die Matura digital zu schreiben, sollte für alle gleich sein, unabhängig von der Schule.

Unser Schulsystem braucht dringend ein Upgrade – und zwar jetzt. Weniger Zettel, mehr Digitalisierung, mehr Fairness. Lasst uns dafür sorgen, dass die Schule nicht nur mit der Zeit geht, sondern uns auf die Zukunft vorbereitet!

Forderungen:

- Alle wichtigen Informationen sollen auf Lernplattformen wie Teams hochgeladen werden, anstatt sie in Papierform auszuteilen
- Alle Schüler sollen die Matura am Computer schreiben können, unabhängig von ihrer Schule, mit entsprechender Ausstattung in allen Schulen.
- Schulen müssen mit der nötigen digitalen Ausstattung wie WLAN, Laptops und Software ausgestattet werden.



27. Einführung der Gebärdensprache als Freifach an allen Wiener Schulen

*Antrag von: Arian Mossawat, BS für Elektrotechnik und Mechatronik
Mollardgasse*

Mein Name ist Arian Mossawat, ich bin 20 Jahre alt und bin im Bereich der Berufsschulen stellvertretender Landesschulsprecher. Wie viele von euch wissen, ist mein Gehör eingeschränkt. Deswegen fällt es mir um einiges leichter, in einem lauten Umfeld, in Form von Gebärdensprache zu kommunizieren. Weil aber die wenigsten Schülerinnen und Schüler Gebärdensprache im Unterricht lernen, geschweige denn ein Angebot besteht, möchte ich, dass dieses Angebot geschaffen wird.

Nicht nur für mich, sondern auch für tausende andere, die die gleichen Probleme mit mir teilen. Dies wäre nicht nur ein wichtiger Schritt in die Richtung der inklusiven und barrierefreien Schule, sondern auch entscheidend für unsere Gesellschaft.

Forderungen:

- Gebärdensprache als Freifach in allen Wiener Schulen
- Förderung und Ausbau der Gebärdensprache im Regelunterricht an berufsbildenden Schulen, um Inklusion in den Berufsalltag zu bringen.



28. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Deniz Helienek, GRG22

Nahuel Allidi-Bernasconi, GRG22

Zurzeit ist die Lehrkraft für Schüler eine Mischung aus Freund und Feind, da sie zum einen den Coach stellt, zum anderen aber auch den Prüfer / die Prüferin. Dadurch entsteht ein gespaltenes Verhältnis zwischen den zwei Parteien.

Dem kann man entgegenwirken, indem man eine andere anonyme Lehrkraft Test und Schularbeiten der Schüler / die Schülerin korrigieren lässt. Dadurch ist die Lehrkraft, welche der Schüler / die Schülerin in dem Fach primär zugeteilt ist, nur mehr der Coach, welcher die Schüler zu einem positiven Ergebnis bringen will.

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Test etc. in der Schule von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem Schüler / der Schülerin stehen.



29. „Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, GORG20

Lisa Gubler, pG Infinum

Nahuel Allidi-Bernasconi, GRG22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Die Oberstufe - Erhöhter Stress, erhöhte Schularbeitsdichte, höher erforderte Selbstständigkeit und eine höhere Anzahl an Wochenstunden, gerade an BMHSen. Dadurch ist es oft schwer für Schularbeiten/Tests/Wiederholungen aber auch generell Zeit zum Lernen für die Fächer einzuplanen, in denen man eventuell leistungsschwächer ist. Jede:r hat Fächer in denen er/sie schwächer ist, und wo es notwendig wäre den Fokus mehr auf diese zu legen, man muss jedoch generell immer in allen Unterrichtsfächern anwesend sein und die Lernschwerpunkte in seiner Freizeit setzen.

Sinnvoller wäre es in den Fächern, in denen man leistungsstärker ist, die Stunden in denen man anwesend ist vermindern zu können. Diese Möglichkeit bietet das SchuUG jedoch leider nicht. Eine Reform würde hier aus unserer Sicht sehr nützlich sein. Nicht nur um den Schüler:innen das ins Gleichgewicht bringen der „School-Life-Balance“, sondern auch mehr Selbstständigkeit zu ermöglichen.

Den Lehrkräften würde eine solche Reform die Möglichkeit bieten mehr auf die leistungsschwächeren Schüler:innen einzugehen, während sich die leistungsstärkeren Schüler:innen auf andere Fächer konzentrieren können. Dies würde beim Ausgleich eines eventuellen Leistungsungleichgewicht helfen.

Forderungen:

- Bei Leistungsstand „Sehr Gut“ einer/eines nicht mehr schulpflichtige:n Schüler:in recht auf Fernbleiben vom Unterricht in jenem Fach durch eine schriftliche Erlaubnis der Lehrperson, die bei Verschlechterung des Leistungsstandes sofort widerrufen werden muss. Zudem müssen mindestens 75% der Schulstunden in jenem Fach auch mit jener schriftlichen Erlaubnis besucht werden. Bei Schularbeiten gilt weiterhin die Anwesenheitspflicht.



30. Autonomie und Entpolitierte Schule – Schulversuch Österreich

Antrag von: *Lea Hemedinger, BORG1*

Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Nahuel Allidi-Bernasconi, GRG22

Schulautonomie ist essenziell für ein funktionierendes Bildungssystem. Daher sollten weder Bund noch Land die bestimmenden Instanzen unseres Bildungssystems sein. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen, wie Finanzierung, Bestellung der Schulleitung, Leistungsvergleichungs-Tests zur Qualitätssicherung oder das Verbot von politischer und religiöser Indoktrination, des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien und -form, sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden. Was wir heute als Schulversuch kennen, soll in Zukunft für jede Schule gelten. Natürlich wird es für alles Vorlagen geben, an die sich Schulen jedoch keineswegs halten müssen. So sorgt man dafür, dass sich Schule nach den Lernenden richtet und nicht nach dem Bildungsministerium oder Stadtschulrat. Einen gesetzlichen Rahmen muss es natürlich weiterhin geben, doch es soll trotzdem Wege geben, diesen Rahmen für weitreichende Schulkonzepte zu überschreiten.

Mit Schulautonomie kommen Jedoch nicht nur mehr Kompetenzen für die Direktion, sondern auch der SGA sollte mehr Entscheidungsfreiheit bekommen.

Schule kann jedoch nur dann wirklich autonom sein, wenn sie nicht durch politische Parteien beeinflusst wird. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus dem Direktorenzimmer. Direktorenposten dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

Forderungen:

- Wir fordern mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten für Schulen, um den Ressourceneinsatz bestmöglich zu gestalten.
- Bei jeder, das Schulleben verändernden Entscheidung soll der SGA mit einbezogen werden.
- Die politische Unabhängigkeit der Direktion muss selbstverständlich werden und zu jederzeit gegeben sein.
- Wir fordern, dass der Schulbudgetplan durch den SGA bestätigt werden muss.
- Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen. Darüber hinaus soll es eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit benötigen.

31. Sei eine Avocado!

*Antrag von: Louis Oberhammer, pG Theresianum
Lorenz Unger, GRG19
Lea Hemedinger, BORG1*

Avocados sind perfekt, wenn sie mittelreif und aus Zentralamerika sind. Genauso wichtig wie eine zentrale mittlere Reife. Doch was ist es, was man braucht für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschule sollen wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten haben. Doch wie kann man sicher gehen, dass das der Fall ist? Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Um aber niemanden sein Leben lang in die Schule zu zwingen, läuft die Schulpflicht auf jeden Fall mit dem 18. Geburtstag aus. Die zentrale mittlere Reife soll keine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Es braucht keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Forderungen:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht



32. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lisa Gubler, pG Infinum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Wir alle kennen es, dieses Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit. Das erste Jahr an einer neuen Schule. Man kennt niemanden und das Gebäude selbst auch nicht. Unzählige Fragen schwirren den Schüler:innen der 1. Klasse in den Köpfen umher. Wäre doch alles leichter, wenn man jemanden hätte der sich um die Dinge kümmert, um die sich ein Klassenvorstand nicht kümmern kann oder möchte. Vor allem sind manche Dinge auch einfach nicht angedacht sie mit dem Klassenvorstand zu besprechen. Klar ist außerdem, dass Kinder und Jugendliche sich lieber an Gleichaltrige wenden oder an jemanden wenden, der oder die selbst noch Schüler/Schülerin ist. Zumindest das erste Monat, in welchem sich Schüler:innen allein zurechtfinden müssen sollte es für jede Klasse einen Buddy geben.

Dieser Buddy sollte jemand aus der Oberstufe sein, oder jemand, der zumindest eine Klasse über den 1. Klässlern ist. Die Probleme der 1. Klässler werden teilweise von Lehrer:innen nicht verstanden oder sind nicht nachvollziehbar, deshalb ist ein Buddy für jede Klasse eine ausgleichende Alternative. Buddys sprechen vor allem auch die „selbe Sprache“ und wissen teils besser mit Situationen umzugehen. Auch werden Gleichaltrige eher als neutrale Person wahrgenommen als Lehrkräfte oder Sozialarbeiter.

Zusammengefasst sollen Buddys für alle Erstklässler eine Anlaufstelle sein. Sie bieten anfänglich regelmäßige Betreuung im ersten Monat und danach nur noch phasenweise Unterstützung.

Forderungen:

- Wir fordern die Verstärkung und Verdichtung des Buddy-Systems an Österreichs Schulen um 1. Klässler:innen bestmöglich in den Schulalltag zu integrieren.



33. Diskutieren geht über Studieren

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lea Hemedinger, ORG1

Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Leider ist der Stand der Dinge so, dass es an vielen österreichischen Schulen noch immer viel zu viel Frontalunterricht gibt. Dadurch lernen die Schüler:innen insgesamt weniger, da man viel leichter abgelenkt und unkonzentriert wird. Außerdem lernt man so nur Fakten auswendig, jedoch nicht Dinge zu hinterfragen und selbst zu denken.

Diskussionen im Unterricht zu verschiedensten Themen hingegen sorgen dafür, dass Schüler:innen lernen, selbst zu denken und Dinge zu hinterfragen und zu reflektieren. Außerdem lernt man, seine eigenen Standpunkte zu vertreten und sich eine Meinung zu bilden bzw. die Meinung anderer zu verstehen. Dies hilft nicht nur bei der Festigung des Stoffs, sondern bringt auch das Erlernen von Fähigkeiten mit, die unfassbar wichtig für das spätere Leben an Hochschulen oder in der Berufswelt sind.

Forderungen:

- Wir fordern die Verankerung von mehr Diskussionen zur Stoffvermittlung im Lehrplan aller Schulen.
- Wir fordern Fortbildungen für Lehrkräfte, wo gezielt zu diesen Themen gearbeitet wird, damit Diskussionen effektiv als Mittel im Unterricht eingesetzt werden können.



34. Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lea Hemedinger, GRG5

Flächendeckende Podiumsdiskussionen an Schulen steigern die Wahlbeteiligung und holen so manch einen Schüler oder eine Schülerin aus der politischen Verdrossenheit heraus. Für österreichische Schulen sollte die politische und demokratische Bildung Aufgabenbereich Nummer eins sein, denn so eignen sich Jugendliche politisches Wissen an und werden dazu animiert sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Das Angebot an politischen Debatten, um Schüler:innen aus dem politischen Winterschlaf zu bekommen, muss erhöht oder gar gänzlich an jeder Schule umgesetzt werden. Wir sind fester Überzeugung, dass regelmäßige Debatten zu Tagesaktuellen innerpolitischen Geschehen oder Debatten zum Weltgeschehen die Wahlbeteiligung und auch die Partizipation etwas bewirken zu wollen steigern.

Österreichs Schulen sollten ein Ort für jede Form der Meinungsäußerung sein. Deshalb sollten diese Podiumsdiskussionen unter klarem Regelwerk stattfinden, damit ein reger Austausch und ein humanes Teilnehmen ermöglicht werden kann. Wie oft eine Podiumsdiskussion stattfindet, sollte natürlich der Schule überlassen werden, mindestens einmal im Semester sollte jedoch eine stattfinden. Auch die Teilnahme sollte so autonom wie möglich bleiben. Jedoch ist anzudenken, dass Podiumsdiskussionen während des Regelunterrichts stattfinden sollten und sich somit Schüler:innen entscheiden können, ob sie am Unterricht oder an der Podiumsdiskussion teilnehmen möchten.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Podiumsdiskussionen an Österreichs Schulen, um der politischen Verdrossenheit entgegenzuwirken.



35. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

David Studeny, BGRG8

Lea Hemedinger, BORG1

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler:innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es natürlich wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es, unserer Meinung nach, mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, denn so erreicht man die Schüler:innen meistens am wenigsten. Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essentiell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun, wobei Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil bewirken, was sie eigentlich als Ziel haben.

Forderungen:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche bestenfalls von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgenommen wird.



36. Erste-Hilfe-Kurs: Lebenswichtig

Antrag von: Lea Hemedinger, BORG1

Deniz Helienek, GRG22

Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Erste Hilfe ist ein lebenswichtiges und vor allem lebensrettendes Thema. Dieses wird jedoch in vielen Schulen wenig bis gar nicht behandelt. Sofern ein Erste-Hilfe-Kurs in Schulen abgehalten wird, gilt dieser meistens nicht als Nachweis einer Unterweisung entsprechend des Führerscheingesetzes. Laut einer Umfrage von Intregal aus dem Jahr 2016 (<https://bit.ly/3Khk4cv>) haben Rund zwei Drittel der befragten Angst, bei Erste-Hilfe-Maßnahmen etwas falsch zu machen. Durch eine solche Angst können erst recht Fehler entstehen. Ein solcher Kurs kann vorbeugen und sollte außerdem auch als Nachweis für den Führerschein gültig sein.

Forderungen:

- Daher fordere ich, dass ein Erste-Hilfe-Kurs in Kooperation mit dem Österreichischem Roten Kreuz an Oberstufen durchzuführen ist, welcher als Nachweis für die erfolgte Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen entsprechend des Führerscheingesetzes-DV 1997, § 6 entspricht.



37. Der Weg zur Europäischen Schule

Antrag von: *Anselm Husz, BHAKWIEN 22*

Lorenz Unger, GRG19

Lisa Gubler, pG Infinum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten, unterdessen das europäische Gefühl der Einheit und der länderübergreifenden Zusammenarbeit immer mehr in den Hintergrund gerät und dem eigentlichen Einführungsgrund opponiert. Anstatt einheitliche Standards zu fördern, den transnationalen Kontakt zu vereinfachen und die politische Identifikation zu den Entscheidungsträgern sicherzustellen, stagnieren wir in Reformüberlegungen, erschaffen nationale Einzellösungen und daraus resultierend ein Europa des Einzelnen.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und dem Dissens der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven, die nicht nur eine persönliche Weiterentwicklung torpedieren, sondern uns als Einheit schwächen, betrachtet man das entgangene Potential.

Ein gebildetes Europa arbeitet nicht nur die länderspezifische Historie und Gegenwart auf, sondern forciert das Erlernen der europäischen Geschichte und der Entwicklungen der Einzelstaaten an Schulen, um zum einen unsere durchaus vielschichtige Vergangenheit zu beleuchten und zum anderen auf aktuelle Vorgänge aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Ein gemeinsames Europa sollte nicht nur maßgebliche Prozesse standardisieren, hingegen vielmehr nuanciert Mindestnormen etablieren, wobei dies vorrangig Bildungseinrichtungen betrifft, werden die Sprachvielfalt sowie die diversen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Projekte wie Erasmus+ erleichtern die grenzüberschreitende Kollaboration, doch erschweren die uneinheitlichen Abschlussniveaus die Einbindung einzelner Gruppen und verringern den Wirkungsgrad. Wie die Einführung der Zentralmatura in Österreich zeigt, bewähren sich normierte Abschlussprüfungen und obstruieren die Entstehung von Bildungsgefällen und Prüfungstourismus. Weiters gilt es soziökonomischen Unterschiede abzufangen und die Förderungsmöglichkeiten treffsicherer zu gestalten.

Es braucht also eine wirkliche europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern.

Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschweligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.

38. Use your time wisely

Antrag von: Lea Hemedinger, BORG1

Anselm Husz, BHAKWIEN 22

Deniz Helienek, GRG22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Nahuel Allidi-Bernasconi, GRG22

In Nebenfächern, in denen keine Schularbeiten abgehalten werden, zählen Lehrkräfte auf Mitarbeitersleistung, Tests, aber auch auf Präsentationen. Diese müssen immer zuhause vorbereitet werden, sowohl der Inhalt muss recherchiert werden als auch die Abhaltung der Präsentation muss zuhause geprobt werden. Das ist Zeit, die zusätzlich verloren geht, um sich auf wichtige Prüfungen vorzubereiten und führt im Endeffekt durch einen größeren Aufwand zum wirklichen Schulstress. Deswegen fordern wir, dass Präsentationen in Nebenfächern ausschließlich in Unterrichtsstunden vorbereitet werden dürfen. So wird Schülerinnen und Schülern im Unterricht Zeit zur Verfügung gestellt, um Präsentationen zu dem vorhergesehenen Stoff auszuarbeiten. Im Endeffekt sind Präsentationen laut Lehrplan nicht vorgeschrieben, nur der Lehrstoff ist vorgeschrieben. Wie dieser den Schülerinnen und Schülern vermittelt wird, hat die Lehrkraft selbst zu entscheiden. In vielen Fällen werden Präsentationen als beliebte Methode gesehen, jedoch gibt es viele Alternativen wie Workshops, Teamarbeiten oder interaktive Aufgaben.

Forderungen:

- Wir fordern, dass Präsentationen in Nebenfächern nur in der dafür vorgesehenen Unterrichtszeit vorbereitet werden dürfen und nicht zuhause.



39. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: Deniz Helienek, GRG22

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lisa Gubler, pG Infinum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Zurzeit befinden sich Lehrer:innen in einer Doppelfunktion, bestehend aus Mentor:in und Lektor:in, die inkompatibel und in sich unvereinbar ist. Durch die Diskrepanz der geforderten Rollen, ergibt sich eine unzureichende Ausführung beider und in Folge Arbeitsineffizienz. Daher fordern wir die Trennung der belehrenden und korrigierenden Rolle und setzen uns für anonymisierte Korrekturen durch eine dritte Lehrkraft ein. So schaffen wir es eine Ansprechperson für die Schüler:innen zu schaffen, die sie nicht zeitgleich benotet, womit das Verhältnis zielgerichtet der Funktion von Lehrer:innen entspricht und eine vertrauliche und offene Atmosphäre schafft. Dies hat nicht nur positive Auswirkungen auf das zwischenmenschliche Verhältnis, sondern auch auf die Klassen- und Schulatmosphäre

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Leistungsbeurteilungen von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem jeweiligen Schüler/der jeweiligen Schülerin steht.



40. Choose your Player / Teacher

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Lisa Gubler, pG Infinum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lehrkräfte an einer Schule müssen als Team funktionieren. Sie müssen dazu fähig sein zu kooperieren und gemeinsam Schüler:innen auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Damit ein Team funktioniert brauchen wir an Schulen mehr Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Lehrkräfte. Wir fordern personelle Freiheit damit nur die beste Ausbildung angeboten werden kann. Bildungsstätte müssen die Möglichkeit haben sich Lehrkräfte ihrer Wahl auszusuchen. Denn nicht jede Schule ist gleich und es muss bei der Aufstellung des Lehrer:innenteams auf Schüler:innen eingegangen werden. Außerdem gibt es viele Schulen, an denen es Lehrkräfte mit einer bestimmten Zusatzausbildung benötigt. Beispiele dafür wären Schulen mit Schüler:innen, die einer vernachlässigten Bevölkerungsschicht angehören. Hier benötigen wir besonders engagierte und motivierte Lehrkräfte, die bereit sind starke Arbeit zu leisten. Die Wahl der Lehrkräfte würde durch die Direktion erfolgen, denn niemand kennt die eigene Schule so gut und kann besser beurteilen welches Team es benötigt, um die beste Ausbildung zu gewährleisten. Wir wollen weg von der Zuteilung der Lehrkräfte. Daher sollte ein transparentes und normiertes Bewerbungsverfahren angewendet werden, sowie bei jedem anderen Job auch.

Forderungen:

- Wir fordern eine personelle Freiheit an Schulen, sodass jede Direktion ihr Lehrer:innenteam durch ein transparentes Verfahren selbst aufstellen kann.



41. Verpflichtendes Lehrer:innen Feedback

Antrag von: Lea Hemedinger, ORG1

Deniz Helienek, GRG22

Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Wir Schüler:innen sind die Mehrheit im Bildungssystem, doch trotzdem fragt uns eigentlich niemand, wie wir den Unterricht finden, und was wir ändern würden. Viele Lehrer:innen holen sich am Ende des Jahres Feedback der Schüler:innen ein, um in Erfahrung zu bringen, wie ihr Unterricht ankommt. Doch eine noch viel größere Gruppe der Lehrkräfte tut dies eben nicht. Ich bin der Meinung, dass das Bildungssystem und der Frontalunterricht veraltet ist. Doch anstatt, dass wir versuchen einen Teil der bereits verlorenen Zeit gutzumachen, die wir mit altmodischen Lehrmethoden verschwendet haben, tun wir nichts, absolut gar nichts. Niemand fragt uns, was wir denken, uns, diejenigen die vom Bildungssystem profitieren sollen. Deswegen braucht es jetzt verpflichtendes Feedback von Schüler:innen an Lehrer:innen. Hören wir auf, Zeit zu verschwenden, und verwenden wir unsere Stimme.

Dieses Feedback soll mindestens einmal im Jahr von allen Klassen, die eine Lehrkraft unterrichtet hat, eingeholt werden. Es ist äußerst wichtig, dass das Feedback anonym eingeholt wird. Schüler:innen sollen die Wahl zwischen 5 verschiedenen Stufen haben, sehr zufriedenstellend, zufriedenstellend, befriedigend, wenig zufriedenstellend, nicht zufriedenstellend.

Um zu gewährleisten, dass dieses Feedback ernst genommen wird, soll die Direktion Einsicht in die Antworten bekommen, allerdings nur in Form von Prozentsätzen. Wenn also Schüler:innen bei einer Lehrkraft mehr als ein Drittel der Fragen mit „nicht zufriedenstellend“ beantwortet haben, muss ein Gespräch mit der Schulleitung her.

Forderungen:

- Wir fordern daher, dass am Ende des Schuljahres von jeder Lehrperson Feedback der Schüler:innen eingeholt werden muss. Dieses soll von der Direktion eingesehen werden dürfen, die bei mehr als einem Drittel „nicht zufriedenstellend“ das Gespräch suchen soll.



42. Paper-and-Pencil-Aufgaben, das Konzept aus der Zukunft?

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, BORG1

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Wieder einmal wurde für den Schultyp AHS eine grundlegende Änderung für die Mathematik Matura beschlossen. So gibt es zum Beispiel eine neue Agenda für die Matura 2025: Dort sollen dann grundlegende Rechenaufgaben in Paper-and-Pencil-Manier bewältigt werden. Dies ist der Punkt wo man beginnt den Kopf zu schütteln. Denn jahrelang hat man den Oberstufenschüler:innen abtrainiert, etwas mit der Hand zu rechnen. Typischerweise musste ein CAS-Programm oder ein CAS-fähiger Taschenrechner herhalten um mit der SOLVE-Funktion Gleichungssysteme zu lösen. Rein theoretisch wird das händische Rechnen ja auch erlernt. In der Praxis jedoch verkommt diese Fähigkeit, da das bloße Rechnen nahezu nichts mit mathematischen Grundkompetenzen zu tun hat. Nun soll also die mathematische Tugend wieder hochgehalten werden. Grundsätzlich ist dieser Schritt zu befürworten. Völlig offen ist jedoch, in welcher Intensität diese Beispiele auftreten werden. Einen bloßen Spaziergang mit völlig grundlegenden Beispielen als Teil einer schriftlichen Matura wird es wohl kaum geben. Sobald aber diese Paper-and-Pencil-Aufgaben ein Stück weit interessanter werden, wird es höchstwahrscheinlich wieder an einer echten Vorbereitung dafür fehlen. Denn der Matheunterricht ist seit jeher zeitlich unterdimensioniert. Es wurde Platz geschaffen: Parabeln, Ellipsen, Hyperbeln und meistens auch Kreise wurden begraben. Damit auch die klassischen Extremwertaufgaben. Genauso sind Folgen und Reihen ein reiner Nischenstoff geworden. Sprich: Der Mathestoff der Oberstufe blieb am Papier zwar gleich, aber in der Praxis wird vor allem der Maturastoff abgedeckt. Und natürlich wurde durch die Verwendung technischer Hilfsmittel Zeit gespart. Vor allem die Grundkompetenzen, welche nun wieder zum Einsatz kommen sollen wurden häufig vernachlässigt.

Forderungen:

- Daher fordern wir, eine angemessene Matura Anpassung und die nötige Vorbereitung um die Paper-and-Pencil-Aufgaben bewältigen zu können.

43. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lorenz Unger, GRG19

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfuse Bestimmungen und Regeln. Lehrer:innen, Schüler:innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer:innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler:innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war der gesamte Aufwand seitens der Lehrer:innen und Schüler:innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderungen:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.

44. Internship your life

Antrag von: Lorenz Unger, GRG 19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lisa Gubler, pG Infinum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Nahuel Allidi-Bernasconi, GRG22

An vielen Schulen Wiens ist die Absolvierung eines Praktikums, egal ob Ausland oder Inland bereits verpflichtend. Dies zeigt uns immer wieder wie essenziell ein Praktikum für eine frühe Berufserfahrung, die persönliche Entwicklung und das Knüpfen von Kontakten ist. Damit sich Schüler:innen auch bestmöglich darauf vorbereiten können benötigt es mehr Unterstützung seitens der Schule. Durch die Einführung eines Praktikums-Komitee würde dies optimal funktionieren! Die Aufgaben dieses Komitees wären unter anderem Schüler:innen bei Recherche und Bewerbungsprozess beistehen, regelmäßig Stellenanzeigen an Interessent:innen senden, bei Auswahl des Praktikumsplatz unterstützen, gemeinsam auf das Praktikum vorbereiten, während des Praktikums für Notfälle erreichbar sein und gemeinsam mit Schüler:innen das absolvierte Praktikum nachbereiten. Dabei ist es wichtig, dass sich Schüler:innen im Vorhinein bestimmte Ziele setzen, sodass das Praktikum auch einen Nutzen hat. Die Entscheidung, ob es dazu dienen soll sprachliche Kenntnisse zu verbessern, das im Praxisunterricht erlernte anzuwenden oder um sich beruflich besser orientieren zu können muss den Schüler:innen selbst überlassen werden.

Dieses Komitee würde sich aus jeweils einer Lehrkraft pro angebotener Fremdsprache und zwei zusätzlichen Lehrkräften zusammensetzen. So wäre jede Fremdsprache vertreten und zusätzliche Hilfe ebenfalls gewährleistet. Außerdem muss Schüler:innen das nötige Wissen zu jeglichen Förderprogrammen wie beispielweise Erasmus+ mitgegeben werden, sodass diese vermehrt in Anspruch genommen werden.

Im Endeffekt sollte es in der Interesse der Schulen liegen ihre Schülerschaft bei der Sammlung früher Berufserfahrung zu bestärken und zu unterstützen.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung eines Praktikums-Komitee an allen Schulen Wiens.
- Wir fordern vermehrte Praktikum-Informationsveranstaltungen an allen Schulen Wiens.



45. Öffis nützen – selbst schützen

Antrag von: : Lea Hemedinger, BORG 1

Anselm Husz, BHAKWIEN 22

Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Unzählige Schüler:innen nutzen tagtäglich öffentliche Verkehrsmittel, um in die Schule zu fahren. Dabei begegnen Jugendliche leider immer häufiger unangenehmen Situationen, in denen sie sich nicht zu wehren wissen.

Schüler:innen müssen mit einem guten Gefühl in der Schule ankommen, um ihren Schulalltag erfolgreich meistern zu können, weswegen es definitiv in der Verantwortung aller Schulen Wiens liegt ihre Schüler:innenschaft auf etwaige unangenehme Situationen vorzubereiten und eine Anlaufstelle für etwaige Vorfälle anzubieten. Durch die Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler:innen können öffentliche Verkehrsmittel mit sicherem Gefühl genutzt und Schüler:innen für alle Notfälle vorbereitet werden. Zusätzlich dazu benötigt es an allen Schulen Wiens eine Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht und diese vereinzelt bei Bedarf gemeinsam mit Schüler:innen verarbeitet – diese Rolle soll eine dafür bestimmte Lehrkraft einnehmen. Sich nicht wohlfühlen, wenn man allein öffentliche Verkehrsmittel nutzt, ist okay, darf jedoch nicht normal sein! Und genau deswegen müssen wir endlich Enttabuisierung leisten und aktiv das Problem ansprechen!

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler:innen.
- Einführung einer Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht.



46. Let's talk about sex, baby!

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, BORG1

Deniz Helienek, BRG22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, eine positive Herangehensweise, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinanderzusetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen.

Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht wird.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler:innen erreichbar zu machen.



47. Fair Play im Zeugnis

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, BORG1

Anselm Husz, BHAKWIEN

Louis Oberhammer, pG Theresianum

„Bewegung und Sport“ ist eines der Fächer, in denen den Lehrkräften am meisten Freiraum gelassen wird. Das wirkt sich natürlich auch auf die Benotung aus, die je nach Lehrer:in oft sehr unterschiedlich ausfällt. Aber ist das überhaupt fair, und sind Noten in diesem Fach überhaupt geeignet?

Viele wissenschaftliche Arbeiten zeigen, dass es Sportlehrkräfte, in einem Benotungssystem das stark auf Beobachtung basiert, nicht schaffen über jede:n Schüler:in andauernd Notizen zu machen. Falls eine Lehrperson pro Stunde immer nur eine:n bestimmte:n Schüler:in beobachtet, ist das aber ebenso ungerecht, da diese dann keine laufende Aufzeichnungen erstellt. In der Dissertation der Sportwissenschaftlerin Clarissa Feth erläutern mehrere Lehrer:innen, dass sie es dadurch auch für sehr schwierig halten eine womögliche Leistungsentwicklung festzustellen.

Das wohl häufigste Problem bei Noten ist das Konkurrenzdenken, das unwillkürlich bei den Schüler:innen entsteht. Gerade im Sportunterricht kann dies nicht nur zu Streitigkeiten und Beleidigungen im Unterricht führen, sondern in manchen Fällen auch zu Ausschließung und Mobbing. Bei Schüler:innen, die in den sonstigen Gegenständen schlechte Noten haben, ist es absehbar, dass es wegen der Enttäuschung zur Abminderung der Motivation kommt.

Besonders im Sportunterricht ist das fatal, da eines der Ziele im Schulsport sein sollte, die Schüler:innen zur lebenslangen sportlichen Betätigung zu begeistern. All dies zeigt das eine objektive und gerechte Beurteilung im Fach „Bewegung und Sport“ förmlich unmöglich und auch kontraproduktiv ist!

Forderungen:

- Anstelle der Beurteilung nach Noten von 1-5 sind Teilnahmevermerke (Teilgenommen/Nicht Teilgenommen) in das Jahreszeugnis aufzunehmen
- Abschaffung der Möglichkeit praktische Prüfungen sowie Referate durchzuführen, um die Aspekte Bewegung und sportliche Betätigung im Unterricht hervorzuheben



48. Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Deniz Helienek, BRG22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Ein Großteil der Wiener Schüler:innenvertretungen hat eine riesige Menge an Ideen und Projekten, die sie gerne umsetzen würden. Diese Projekte erfordern meistens eine gewisse finanzielle Unterstützung, die sie vom Elternverein oder der Direktion oftmals nicht bekommen. Um zu gewährleisten, dass die Schüler:innenvertretung auch unabhängig von finanzieller Unterstützung der anderen Schulinstanzen funktionieren kann, braucht es ein festgelegtes Budget für alle Schüler:innenvertretungen. Das nötige Geld dafür soll durch einen Schüler:innenbeitrag von maximal 4€ im Jahr finanziert werden, welcher dann ausschließlich für Projekte verwendet wird, die den Schüler:innen zugutekommen. Zusätzlich dazu soll das Budget durch Aktionen der SV, wie z.B. Verlosungen aufgestockt werden können. Um das ganze übersichtlich und verantwortungsbewusst zu koordinieren, müsste es ein eigenes Girokonto für die SV geben, das von dieser auch verwaltet wird. Des Weiteren muss die Schüler:innenvertretung einen Rechenschaftsbericht ablegen und die Finanzen auch im SGA vorlegen, die auch noch von den zukünftigen Schüler:innenvertretungen eingesehen werden können.

Forderungen:

- Wir fordern, dass es ein festgelegtes Budget für alle Schüler:innenvertretungen gibt, welches frei, für schulische Zwecke, verwendet werden kann.



49. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!

Antrag von: : Lorenz Unger, GRG19

Aselm Husz, BHAKWIEN22

David Studeny, BGRG8

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Ein Machthabender verfügt allein über das ganze Geld seiner Institution. Niemand kontrolliert ihn. Er allein entscheidet, wer, was und wie viel bekommt. Das klingt nach zu viel Macht mit zu wenig Kontrolle? An vielen Wiener Schulen ist es leider Realität.

Der Direktor oder die Direktorin verfügt allein über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Dies ist der perfekte Boden für Missbrauch.

Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Deshalb erachten wir es als essenziell, dass die Buchführung der Schule, unter Wahrung aller Persönlichkeitsrechte, offengelegt werden muss. Und seien wir uns ehrlich: Wem könnte das wirklich schaden?

Forderungen:

- Wir fordern, dass es allen Schüler:innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Des Weiteren soll das Schuljahres- Budget der vorläufigen Freigabe durch den SGA unterliegen.



50. What to do after school? – Zivil oder Wehrdienst: der Zwiespalt

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Deniz Helienek, GRG22

David Studeny, BGRG8

Mit Ende der Schulzeit steht für die männlichen Schüler eine wichtige Entscheidung in ihrem weiteren Leben an. Denn zwischen dem Beginn des Studiums oder dem Eintritt in die Arbeitswelt gibt es noch eine weitere Station, die man durchlaufen muss. Der Wehrdienst beim Bundesheer oder die seit 1975 zur Verfügung stehende Alternative in unterschiedlicher ziviler Form. Die häufigste ist der zumeist angestrebte neunmonatige Zivildienst. Aber für alle, die zum Beispiel einen Dienst im Ausland anstreben, besteht die Möglichkeit, sich in den Freiwilligendienst zu begeben und im Rahmen des Friedensdienstes oder des Freiwilligen Sozialen Jahres zu arbeiten. Doch für was soll man sich entscheiden und was sind eigentlich die oben genannten Möglichkeiten? Diese Fragen treffen jeden einzelnen Schüler oft vollkommen unvorbereitet. Leider bleibt dieses wichtige Thema im Leben jedes Bürgers unseres Landes auch während der Schulzeit unbehandelt. Obwohl die Schule genau der Ort sein sollte und müsste, wo sich Schüler unabhängig von großen Werbekampagnen über den Dienst im Staat informieren könnten.

Forderungen:

- Wir fordern daher einen unabhängigen Informationstag rund um Wehrdienst und Zivildienst an Österreichs Schulen, damit man Schülern die Möglichkeit gibt unbeeinflusst eine Entscheidung für ihre Zukunft zu treffen.



51. Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft

Antrag von: *Deniz Helienek, BRG22*

Lorenz Unger, GRG19

Lisa Gubler, pG Infinum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

In der Zeit nach Corona, in der über staatliche Förderungen und die hohe Inflation diskutiert wird, ist eine gute Wirtschafts- und Finanzbildung umso wichtiger. Es kann nicht sein, dass in ganz Österreich Experten über die Zukunft der Wirtschaft debattieren und in den Schulen Stillschweigen herrscht. Es ist von zentraler Bedeutung, dass alle Schüler:innen die Instrumente und das Wissen mit auf den Weg bekommen, um ein finanziell mündiges Leben führen zu können. Nur wer sich in unserem Wirtschafts- und Finanzsystem auskennt, kann mündige Entscheidungen treffen. Diese so wichtige Bildung dürfen wir nicht ausschließlich Banken und Unternehmen überlassen, die natürlich auch ein Eigeninteresse haben. Schon jetzt werden seitens des Bildungsministeriums Schritte in die richtige Richtung gemacht, dennoch muss hier Druck ausgeübt werden, um den Prozess zu beschleunigen, aber auch Input seitens der Schüler:innen zu liefern. Zu einer guten Wirtschafts- und Finanzbildung gehört einerseits das mikroökonomische und andererseits das makroökonomische Verständnis. Es soll nicht an den Banken liegen, Kredite, Zinsen usw. zu erklären.

Es ist aber mindestens genauso wichtig, Wirtschaftssysteme zu verstehen, um sich eine Meinung bilden zu können. Hier muss vermehrt schon in der Pflichtschule angesetzt werden, im Rahmen des Geographie und Wirtschaftskunde Unterrichts, damit auch Menschen mit Pflichtschulabschluss ein Gefühl für Geld und die Mechanismen unserer Wirtschaft bekommen. Darüber hinaus braucht es, um mehr in die Tiefe gehen zu können, ein eigenes Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, sollte es noch kein ähnliches Fach in der Schule geben. Neben klassischen Begriffen und Systemen soll auch gelernt werden, wie man verantwortungsvoll mit Geld umgeht. Dabei spielen die richtigen Tools zur Meisterung von wirtschaftlichen Herausforderungen und das Planen eines Haushaltsbudgets natürlich mit. Genauso wichtig zu lernen ist aber auch, dass Geld nicht mehr sondern oft weniger wird, wenn es auf der Bank liegt. Deshalb müssen die Chancen, aber auch Risiken der verschiedenen Anlagemöglichkeiten eine Rolle spielen. Um risikolos mit dem Finanzsystem in Kontakt zu kommen, soll es Schüler:innen ermöglicht werden, gemeinsam an Börsenspielen teilzunehmen. Was jedoch auch thematisiert werden muss, ist die Rolle von Aktien und anderen Anlagemöglichkeiten bei der privaten Pensionsvorsorge, denn die Schüler:innen müssen jetzt schon darauf vorbereitet werden, dass sie ihre Pensionsvorsorge womöglich selbst in die Hand nehmen müssen.

Forderungen:

- Wir fordern, dass schon in der Pflichtschule im Fach „Geographie und Wirtschaftskunde“ ein grundlegendes Verständnis sowohl für mikroökonomische als auch makroökonomische Zusammenhänge gelehrt wird.
- Wir fordern in der Sekundarstufe II die Einführung des Faches „Wirtschafts- und Finanzkunde“, sollte es nicht bereits ähnliche Fächer geben.
- Wir fordern die verstärkte Thematisierung von Tools zur Meisterung wirtschaftlicher Herausforderungen (Verträge, Bankwesen, Steuern, Insolvenz, Förderungen, usw.), der Planung eines Haushaltsbudgets, Anlagemöglichkeiten und privater Pensionsvorsorge.
- Wir fordern die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Börsenspiel im Rahmen des Unterrichts.
- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv an dem Prozess der Implementierung von Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule beteiligt.

52. Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen

Antrag von: *Lorenz Unger, GRG19*

Deniz Helienek, BRG22

Lea Hemedinger, ORG1

Louis Oberhammer, pG Theresianum

„Auch wenn wissenschaftliche Forschung nicht immer unmittelbar einen Nutzen bringt, ist die Erweiterung des Wissensspektrums von essenzieller Bedeutung und sollte daher von der Regierung unterstützt werden.“ Etwa 48% der österreichischen Befragten stimmen dieser Auffassung zu, während rund ein Viertel sie ablehnen (Quelle: Eurobarometer). Die zunehmende Medialisierung macht Schülerinnen und Schüler besonders anfällig für unwissenschaftliche Informationen und Verschwörungsmymen im Netz. Das falsche Bild von Wissenschaft als absoluter Wahrheit führt zu Desillusionierung und Vertrauensverlust, wenn neue Erkenntnisse zu Widersprüchen führen. Die Schulen in Österreich spielen eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von Informationen und dem Erkennen von "Fake News", jedoch fehlt es an Aufklärungsarbeit zu Alltagsthemen wie dem Klimawandel. Es ist essenziell, Jugendliche auf manipulative rhetorische Techniken vorzubereiten, um das kritische Denken zu fördern und "Fake News" von wissenschaftlichen Fakten zu unterscheiden.

Es ist außerdem unerlässlich, dass Schulen auf die Herausforderungen der aktuellen globalen Situationen eingehen. Schülerinnen und Schüler müssen darauf vorbereitet werden, gezielte Falschinformationen zu erkennen, und jegliche News kritisch zu hinterfragen. Eine vertiefte Sensibilisierung für diese Themen fördert nicht nur das Verständnis, sondern trägt auch zur Entwicklung einer informierten und kritischen Bürgerschaft bei.

Forderungen:

- Daher fordern wir verstärkte Aufklärungsarbeit an Schulen bezüglich der Wissenschaft und relevanten Alltagsthemen.
- Außerdem soll sich die Schule für eine Förderung des kritischen Denkens durch die Identifikation von rhetorischen Techniken in sozialen Medien einsetzen.



53. „Mama kannst du mir Toilettenpapier mitgeben?“

Antrag von: *Dejana Leimegger, Amerlinggymnasium*

Vandalismus an Schulen ist ein Problem, das immer wieder auftritt. Doch in den letzten Monaten hat sich die Situation an vielen Wiener Schulen drastisch verschärft. Besonders besorgniserregend ist, dass sich immer mehr Jugendliche durch sogenannte Social-Media-Challenges dazu animieren lassen, mutwillig Gegenstände zu zerstören oder Sachbeschädigung als Mutprobe zu inszenieren.

Ein besonders drastisches Beispiel ist die Mittelschule und das Gymnasium in der Anton-Krieger-Gasse in Liesing. Dort kam es zuletzt zu massiven Zerstörungen in den Schultoiletten – Seifenspender wurden herausgerissen, Klopapierrollen-Halterungen demoliert, und das Klopapier selbst wurde entweder in den Toiletten verstopft oder durch den Raum geworfen. Der Schaden ist so groß, dass die Schule nicht sofort alle beschädigten Einrichtungen reparieren kann. Als Folge wurde beschlossen, in den betroffenen Bereichen kein Klopapier mehr bereitzustellen, weshalb Eltern nun ihren Kindern Toilettenpapier mitgeben müssen.

Diese Situation zeigt deutlich, dass dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die Schäden an Schulen verursachen nicht nur hohe Kosten, die eigentlich für Lehrmittel und bessere Ausstattung verwendet werden sollten, sondern sie treffen auch jene Schülerinnen und Schüler, die sich korrekt verhalten. Zudem führt die Verbreitung solcher Aktionen in sozialen Medien dazu, dass sich immer mehr Jugendliche zu ähnlichen Taten hinreißen lassen – oft ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein.

Forderungen:

- Workshops und Informationsveranstaltungen für Schüler*innen über die Risiken und Auswirkungen von Social-Media-Challenges, die zu Sachbeschädigung oder gefährlichem Verhalten führen können.
- Kooperationen mit Medienexpertinnen und Influencerinnen, die bewusstseinsbildende Inhalte erstellen.
- Unterrichtseinheiten oder Projektstage, in denen Schülerinnen und Schüler erfahren, welche Kosten und Konsequenzen durch Vandalismus entstehen.
- Einführung von Konsequenzen wie verpflichtende Sozialstunden innerhalb der Schule für nachgewiesene Täter*innen.
- Unterstützung von Schulen bei der Umsetzung von Präventions- und Sanktionsmaßnahmen durch die Bildungsdirektion.
- Erarbeitung von Lösungen, die einerseits abschreckend wirken, andererseits aber auch pädagogisch sinnvoll sind.

54. Black History stays a Mystery

Antrag von: *Louis Oberhammer, pG Theresianum*

Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Alessia Marei, Wenzgasse

Lea Hemedinger, BORG1

Deniz Helienek, GRG22

Remco Spauwen, Astgasse

Geschichte ist nicht nur das, was in Schulbüchern steht – sie ist das, was uns geprägt hat, was uns umgibt und was wir verstehen müssen, um die Zukunft zu gestalten. Doch wie können wir sicherstellen, dass Schüler:innen mit einem kritischen und reflektierten Blick auf die Vergangenheit aus der Schule gehen? Es braucht eine klare Verankerung zentraler historischer und politischer Themen im Unterricht. Der Black History Month ist nicht nur ein Ereignis, sondern ein wichtiger Bestandteil der Geschichte, der im Fach Geschichte und Politische Bildung behandelt werden muss. Denn Geschichte endet nicht an den Landesgrenzen, und auch Österreich muss sich mit den eigenen Verstrickungen und Verbrechen auseinandersetzen.

Doch Wissen allein reicht nicht – es geht darum, kritisches Denken zu fördern. Lehrpersonen müssen Schüler:innen ermutigen, Geschichte zu hinterfragen, Zusammenhänge zu erkennen und aktuelle Entwicklungen im historischen Kontext zu verstehen. Reflexion statt reiner Faktenwiedergabe.

Damit Schule ein sicherer Ort für alle ist, braucht es außerdem Konsequenz. Diskriminierende Aussagen – egal ob von Lehrpersonen oder Schüler:innen – dürfen nicht ohne Folgen bleiben. Strengere Maßnahmen müssen sicherstellen, dass der Schulalltag von Respekt und Gleichberechtigung geprägt ist. Bildung soll nicht nur informieren, sondern befähigen. Denn wer die Geschichte versteht, kann die Zukunft gestalten.

Forderungen:

- Wir fordern die Aufnahme des geschichtlichen Kontextes vom Black History Month in den Unterrichtsgegenstand Geschichte und Politische Bildung
- Wir fordern die gezielte Thematisierung und Aufklärung über die Verbrechen, die auch seitens Österreich in der Geschichte begangen wurden
- Wir fordern, dass Lehrpersonen das kritische Denken der Schüler:innen fördern und unterstützen
- Wir fordern strengere Maßnahmen sollte es zu diskriminierenden Aussagen am Schulgelände kommen, unabhängig davon ob diese von Lehrpersonen oder Schüler:innen ausgehen